

ANSPRECHPARTNER



NICO WEINMANN

stv. Fraktionsvorsitzender

✉ nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9106



STEPHEN BRAUER

✉ stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 929



BENJAMIN HAAK

Parlamentarischer Berater

✉ benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 929

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Einen Digitalisierungsbeschleuniger für den Hochschulbetrieb könnte man die Corona-Pandemie euphemistisch nennen. Ohne ernst zu nehmende Hilfe aus dem Wissenschaftsministerium ist es den Hochschulen gelungen, das Sommersemester nicht zu einem verlorenen Semester werden zu lassen, sondern mit digitalen Lösungen den Studienbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Ministerin musste erkennen, dass man bei der Digitalisierung der Hochschulen bisher zu sehr auf Leuchttürme gesetzt hat. Sie schlussfolgerte daraus aber leider nicht, dass die Hochschulen in der Krise froh gewesen wären über Handreichungen und gezielte Vorgaben in vielen Bereichen, die eben nicht dem Kern der Hochschulautonomie zugehören. Es sollte beispielsweise jede Hochschule selbst Lösungen erfinden, wie man Prüfungen digital durchführen kann, um dem Infektionsschutz gerecht zu werden. Oder wie Hochschulwahlen funktionieren, wenn die Studierenden eigentlich gar nicht auf dem Campus unterwegs sind. Wir haben mit zahlreichen Anträgen auf mögliche Lösungen hingewiesen, auch mit Blick auf die Nöte der Studierenden. Die Rhythmik der Prüfungen geriet nämlich vollkommen durcheinander und es drohten Verzögerungen im Studienverlauf. Eine ganze Prüfungskohorte Medizinstudierender

etwa konnte keine Abschlussprüfung ablegen, sondern wurde zur Pandemiebekämpfung in das vorgezogene Praktische Jahr gedrängt – mit der Folge eines immensen Prüfungsdrucks im Folgejahr.

Mit besonderer Härte traf die Pandemie auf den Kulturbetrieb, der von einem Tag auf den anderen faktisch mit einem Berufsverbot überzogen wurde, solange Veranstaltungen untersagt waren. Die Breitenkultur in den Vereinen kam zum Erliegen und Umsatzausfälle wurden für viele selbstständige Kulturschaffende zur existenziellen Not. Wir haben uns von Anfang an stark gemacht für individuelle und passgenaue Hilfen für die Kultur, nämlich für die Institutionen, aber auch die einzelnen Künstler. Direkthilfen einerseits und ein fiktiver Unternehmerlohn für die Lebenshaltungskosten des Selbstständigen sollten sodann die größte Not lindern. Die reine Existenzsicherung aber würde der Kultur in ihrer gesellschaftspolitischen Rolle nicht gerecht. Deshalb haben wir mit zahllosen Impulsen die Ausgestaltung der Corona-Verordnungen anzupassen versucht, um diese praktikabel zu machen. Schließlich dürfen wir nicht den Kitt opfern, der die Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

INITIATIVEN

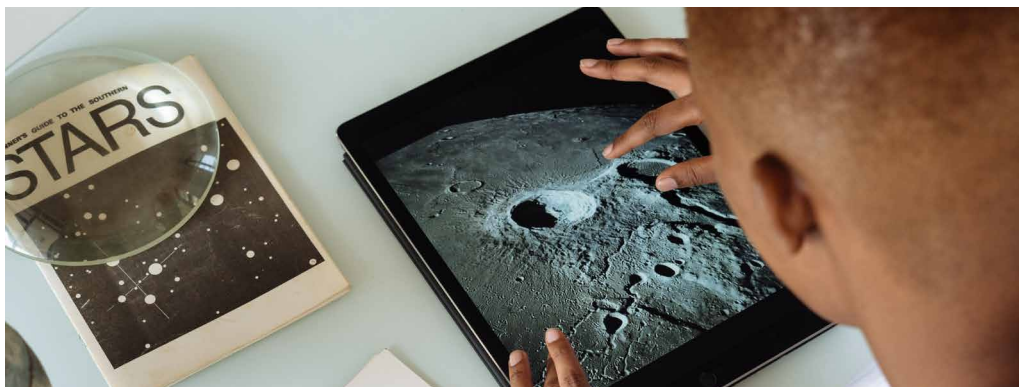
- » Auswirkungen des § 2b UStG auf Forschungsk Kooperationen der Hochschulen [Drucksache 16/7666](#)
- » Verzögerungen im Hochschulbetrieb und bei Prüfungsleistungen aufgrund der Corona-Pandemie [Drucksache 16/7940](#)
- » Rechtssichere Durchführung von Prüfungen aufgrund der Corona-Pandemie [Drucksache 16/8050](#)
- » Durchführung von Hochschulwahlen während der Corona-Pandemie [Drucksache 16/8125](#)
- » Praktikabilität und Prüfungsrelevanz der geschlechtersensiblen Sprache [Drucksache 16/8449](#)
- » Nothilfen für Studierende aufgrund wirtschaftlicher Notlage während der Corona-Pandemie [Drucksache 16/8879](#)
- » Ausgleich sozialer Härten der Gebühren für internationale Studierende im Corona-Semester [Drucksache 16/8880](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

DIE DOPPELT MISSGLÜCKTE REVISION DES HOCHSCHULRECHTS

Das Landeshochschulgesetz wurde 2020 gleich zweimal geändert. Kleinere Anpassungen aufgrund des digitalen Sommersemesters an den Hochschulen gingen der großen Novelle voraus, die im Herbst von der Landesregierung vorgelegt wurde.



ARBEITSKREIS

Wissenschaft, Forschung
und Kunst



ANSPRECHPARTNER

Nico Weinmann MdL
Stephen Brauer MdL



IMPULSPAPIER

[Hochschule 2.0](#)

Abrufbar unter
www.fdp-dvp.de

Ein erster, jedoch minimalinvasiver Eingriff war Ende Juni geboten zugunsten der Handlungsfähigkeit von Hochschulgremien und dem Nachteilsausgleich für Studierende und Forschende in der Corona-Krise. Diese Gesetzesnovelle hat das Parlament in Rekordzeit binnen einer Woche passiert, was auch geboten war. Denn die Hochschulen hatten in einem Kraftakt bereits im März und April digitale Angebote geschaffen und brauchten die Möglichkeit dringend, rechtssichere Beschlüsse in digitalen Sitzungen herbeiführen zu können. Eine Fristverlängerung für semestergebundene Prüfungsleistungen war aufgrund der Verzögerungen im Studienverlauf praktisch aller Studierenden im Land angezeigt. Es fehlten aus unserer Sicht aber Regelungen oder Handreichungen zur termin- und rechtssicheren Durchführung von Hochschulwahlen und digitalen Prüfungen. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden dazu bereits im April schlüssige Klarstellungen getroffen, während die hiesige Ministerin Bauer den schwarzen Peter den Hochschulen zuschob.

Im Herbst legte die Landesregierung dann eine facettenreiche Novelle vor, die einige wenige Versäumnisse aus einer Dekade grüner Hochschul-

politik ausräumte. Endlich sollen Hochschulen etwa die Bauherreneigenschaft erhalten können, wenn sie das wollen. Nachdem die Hochschulen zuletzt immer nur weitere Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich zugewiesen bekamen, wurde nun wenigstens der Bürokratieabbau zaghaft angegangen. Und es galt die Kooperationsfähigkeit der Wissenschaftslandschaft zu sichern, die von neuen Umsatzsteuervorgaben des EU-Rechts bedroht wurde.

Die Schwerpunktsetzung des Gesetzesentwurfs ging aber aus unserer Sicht vollkommen fehl. Anstelle der dringend notwendigen Anpassungen im Bereich des Digitalen und der gezielten Unterstützung der Hochschulen bei der Ausgestaltung von Forschung und Lehre in Corona-Zeiten formulierte die grün-schwarze Landesregierung den Tierschutz als zentrale Aufgabe der Hochschulen. Uns erschien es auch gehörig realitätsfern, wenn man den Rektoren aufgibt, sich spezifisch um den Klimaschutz zu kümmern, während der Hochschulbetrieb während Corona komplett umgestaltet werden muss.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.